

Veröffentlicht in:

Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte, Jg. 103, 2008, S. 215-229.

Axel Ulrich

Zum politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in Mainz

Jakob Steffan, den die Amerikaner kurz nach der Einnahme der Stadt am 22. März 1945 erst zum Polizeipräsidenten bestimmt, bald darauf zum Regierungspräsidenten für Rheinhessen ernannt hatten, sei „der energischste Mann“ hier gewesen. Alle Nazis habe er „hinter Schloss und Riegel“ gebracht oder sie gezwungen, „Trümmer zu beseitigen und die Kanalisationsanlagen in Ordnung zu bringen“. Nach eigenem Bekunden habe er gewollt, dass diese so „wenigstens einen kleinen Teil dessen wiederaufbauen, was sie zerstört hatten“. Ständig sei er „unterwegs oder in einer wichtigen Konferenz“ gewesen. Er sei „der antifaschistische Held in Mainz“ gewesen, so Arthur D. Kahn in seinem erstmals 1948 in den USA erschienenen Buch „Betrayal. Our Occupation of Germany“. Auch dass Steffan „am 20. Juli 1944“ am „Putsch gegen Hitler“ teilgenommen, die Nazis bis zum Eintreffen der US-Truppen „bekämpft“ habe, erwähnte Kahn in diesem Report, den er basierend auf seinen Erfahrungen als Mitglied des CIA-Vorläufers Office of Strategic Services sowie als Chefredakteur des Nachrichtendienstes der Informations-Kontrollabteilung der US-Militärregierung erstellt hatte. „In den letzten Wochen des Krieges“ sei Jakob Steffan „durch die ländlichen Gebiete gefahren, um die Volkssturmführer von der Sinnlosigkeit“ weiterer Gegenwehr „zu überzeugen“. Der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete habe ihm berichtet, dass er „im Bezirk Mainz 10.000 Mann durch ‚mündliche Aufklärung‘ organisiert und sie dafür gewonnen“ habe, mit den Amerikanern „zusammenzuarbeiten, sobald“ diese „die Stadt angreifen würden“. Ferner habe er versichert, er und seine Mitstreiter würden „der Welt zeigen, dass die Mehrheit der Deutschen aufrechte Menschen sind und dass sie einen Platz unter den Nationen der Welt verdienen“.¹

Die Erinnerung an den couragierten NS-Gegner war in dieser Stadt, die nach seiner Geburtsstadt Oppenheim zu seiner zweiten Heimat geworden war und deren Universität ihm die Ehrensensorenwürde verliehen hatte, im Laufe der Zeit zunehmend verblasst. Im 2002 erschienenen Stadtführer „Auf den Spuren des Nationalsozialismus durch Mainz“² findet sich keinerlei Hinweis auf ihn. Gleichwohl ist hier eine Straße nach ihm benannt. Darüber hinaus hat der einstige Mainzer Kulturdezernent Anton Maria Keim unentwegt auf sein antinazistisches Engagement aufmerksam gemacht.³ Dieses konnte dann auch Anfang 2007 im Rahmen der vom Landtag Rheinland-Pfalz zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des NS-Regimes ausgerichteten Vortragsveranstaltung „Lebensbilder von Gegnern des NS-Regimes aus Rheinland-Pfalz“ ausführlicher gewürdigt

¹ Das Buch ist seither in mehreren Auflagen bzw. Editionen erschienen. Es wird hier zitiert nach der deutschsprachigen Ausgabe: Arthur D. Kahn: Offiziere, Kardinäle und Konzerne. Ein Amerikaner über Deutschland. Berlin (DDR) 1964, S. 45 f.

² Jan Storre (Bearb.): Stadtführer. Auf den Spuren des Nationalsozialismus durch Mainz. Hrsg.: Verein für Sozialgeschichte Mainz in Zusammenarbeit mit der Stadt Mainz. Mainz 2002 (Sonderheft der Mainzer Geschichtsblätter).

³ So z. B. in: Anton Maria Keim: Ludwig Schwamb und die Widerstandsbewegung gegen Hitler im Rhein-Main-Gebiet, in: Hans-Georg Meyer, Hans Berkessel (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“. Mainz 2000, S. 400–406, hier: S. 402 f.

werden.⁴ Und kurz darauf wurde im Mainzer Polizeipräsidium der dort neu geschaffene Versammlungsraum nach Jakob Steffan benannt, wo nun in gleicher Weise ein Porträt an ihn erinnert wie schon länger im großen Sitzungssaal des Innenministeriums. Hierzu, auch zu seinem 50. Todestag am 9. Februar 2007 sind im Übrigen in der hiesigen Presse recht bemerkenswerte Berichte erschienen.

Während sich in puncto Steffan die Zeiten gottlob geändert haben, hat die Mainzer Lokalgeschichtsforschung den politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in toto noch immer nicht als Thema entdeckt.⁵ Auch dieser Beitrag vermag zwangsläufig nur einige wenige Bruchstücke aus dem ungemein beeindruckenden und fassettenreichen Mosaik dieses speziellen Widerstandsbereichs zu präsentieren. Aber vielleicht gelingt es hierdurch, den Blick einer womöglich eher interessierten jüngeren Generation auf diese Mainzer Freiheitstradition zu lenken. Die vollständige historiographische Erfassung, Rekonstruktion und publizistische Präsentation des antinazistischen Widerstandes würde unbezweifelbar zu den Glanzlichtern der Mainzer Stadtgeschichtsschreibung gehören. Leider kann hierzu nun nicht mehr auf den Erfahrungsschatz von Veteraninnen und Veteranen des Widerstandes zurückgegriffen werden, sieht man von den wenigen frühen und den nicht minder raren späteren diesbezüglichen Bekundungen ab.⁶

⁴ Axel Ulrich: Ludwig Schwamb und Jakob Steffan – Mitstreiter Wilhelm Leuschners im Widerstand, in: Hans-Peter Hexemer (Red.): Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus 2007. Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz. Hrsg.: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz. Mainz 2007 (Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, 34), S. 95–123 [Vortrag u. Diskussion]. – Ausführlicher hierzu: A. Ulrich: Ludwig Schwamb, Jakob Steffan und andere südwestdeutsche Mitstreiter Wilhelm Leuschners im antinazistischen Widerstand, in: Niersteiner Geschichtsblätter, 12, Dezember 2006, S. 21–50.

⁵ Der vor 25 Jahren erschienene, von Friedrich Schütz bearbeitete Quellenband zur Ausstellung der Stadt Mainz „Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 in Mainz. Eine Dokumentation“ präsentiert nur einige wenige Hinweise auf Widerstandsaktivitäten vor allem aus dem Bereich von SPD und KPD während der Jahre 1932 und 1933. – Der Verein für Sozialgeschichte Mainz hat zwei kleinere wissenschaftliche Monographien zum politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet publiziert, in denen zum Teil auch auf Mainz eingegangen wird: A. Ulrich: Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus? Zum Widerstand von Troztkisten gegen das NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Main-Gebietes, in: Mainzer Geschichtsblätter, 12: Mainz, Wiesbaden und Rheinhessen in der Zeit des Nationalsozialismus, 2000, S. 101–134; A. Ulrich: Kampf gegen Hitler. Zum politischen Widerstand gegen das NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet, in: Mainzer Geschichtsblätter, 13: NS-Herrschaft, Verfolgung und Widerstand. Dokumentation der Veranstaltungsreihe „Mainz in der Zeit des Nationalsozialismus“, 2004, S. 105–159. – Viele Hinweise zu Mainz präsentiert der regionale Gesamtüberblick: A. Ulrich: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet. 2. Aufl. Wiesbaden 2006.

⁶ Zum Mainzer politischen Widerstand liegen außer den hier zitierten Schilderungen zum zivilen Untergrund des „20. Juli“, die befremdlicherweise über Jahrzehnte hinweg dem Vergessen preisgegeben waren, Berichte anderer Zeitzeugen leider gleichfalls in nur äußerst geringem Umfang vor. Diese beziehen sich fast ausnahmslos auf Aktivitäten in den bis 1945 zu Mainz gehörigen Mainspitzgemeinden und sind publiziert in: Arnold Busch: Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze, in: Christine Hartwig-Thürmer: Ginsheim – Gustavsburg – Bischofsheim 1933–1945. Die Mainspitze unterm Hakenkreuz. Hrsg.: Gemeindevorstand Bischofsheim u. Gemeindevorstand Ginsheim-Gustavsburg. Frankfurt/M. o. J. (1989), S. 71–98; zum dortigen Widerstand viele Hinweise auch in: A. Busch: Widerstand im Kreis Groß-Gerau 1933–1945. Hrsg.: Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau – Kreisvolkshochschule. Groß-Gerau 1988; siehe besonders auch das u. a. auf umfangreichen autobiographischen Aufzeichnungen eines einstigen Widerstandsaktivisten der hiesigen Sozialistischen Arbeiterpartei basierende Werk: Horst Gobrecht: Wo dein Platz, Genosse, ist! Friedel Janecek. Kommunist und Arbeitersportler. Bonn 2004. – Erfreulicherweise sind aber inzwischen die Mainz betreffenden Anklage- und Urteilsschriften der politischen NS-Strafjustiz vollständig zugänglich, die großenteils aus früheren DDR-Archiven sowie dem einstigen Berlin Document Center stammen. Demnächst wird dieses Material durch die im K. G. Saur Verlag von Wolfgang Form und Theo Schiller herausgegebene Mikrofiche-Edition „Widerstand und Verfolgung in Hessen 1933–1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Darmstadt und Kassel“ noch besser verfügbar sein, wodurch die Widerstandsforschung speziell zu Rheinhessen, damit auch zu Mainz, wie zum Westerwald enormen Auftrieb erhalten könnte; siehe dazu auch: W. Form, Th. Schiller (Hrsg.): Politische NS-Justiz in Hessen. Die Verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der

Ziviler Untergrund des „20. Juli“

Welche Bewandnis hat es mit Kahns Hinweis, Steffan sei am Umsturzversuch gegen das NS-Regime vom Sommer 1944 beteiligt gewesen und außerdem habe er „10.000 Mann“ dafür gewinnen können, mit den Amerikanern bei deren Eintreffen unverzüglich zu kooperieren? Mitte der 1950er Jahre hat Anton Maria Keim für den Südwestfunk das Dokumentarfeature „Das Stichwort kam nicht“ erarbeitet, für das er mehrere hochkarätige Zeitzeugen des hiesigen antinazistischen Widerstandes befragen konnte, auch Jakob Steffan. Dieser bekannte damals, er sei wenige Wochen nach seiner probeweisen Entlassung aus dem KZ Dachau am 20. April 1940 von seinem Freund und Verwandten Ludwig Schwamb, vormals Staatsrat im hessischen Innenministerium und dort enger Vertrauter von Minister Wilhelm Leuschner, danach einer dessen wichtigsten Mitstreiter im Widerstand, für die Teilnahme „an einer illegalen Organisation“ gewonnen worden. Das Gebiet, das er seitdem zu bearbeiten gehabt habe, sei der Wehrkreis XII Wiesbaden gewesen. Dort hätten „Stützpunkte“ schließlich „in jeder Gemeinde, in jeder Stadt“ bestanden. Kurz vor dem 20. Juli 1944 habe er von Schwamb, mit dem er „in ständiger Verbindung“ gestanden habe, in Frankfurt „die Weisung“ Leuschners erhalten, seine „Arbeit nunmehr abzuschließen und auf das Signal am Tage X zu warten“. Hiermit habe man für „Mitte August“ gerechnet, weshalb „das Attentat vom 20. Juli“ für ihn und seine Vertrauten vom Termin her „eine Überraschung“ gewesen sei.⁷

Auch in einem Anfang 1946 zum ersten Jahrestag der Ermordung Ludwigs Schwambs veröffentlichten Presseartikel hat Steffan sich entsprechend geäußert, wobei er präziser noch darauf hingewiesen hatte, Leuschner, Schwamb, Carlo Mierendorff und ihm selbst sei es seinerzeit darum gegangen, „gemeinsam den Weg zu suchen, auf dem das Hitler-System gestürzt werden könnte“. So sei „aus kleinen Anfängen“ mit der Zeit „eine große, über ganz Deutschland sich erstreckende Organisation“ entstanden, an der „Männer und Frauen aus allen Schichten und Kreisen“ beteiligt gewesen seien. Es sei beabsichtigt gewesen, „in sämtlichen Wehrkreisbezirken Deutschlands zur gleichen Stunde loszuschlagen“. Schwamb, der als „Verbindungsmann“ zwischen Leuschner und ihm fungiert habe, sei davon „überzeugt“ gewesen, „dass dieses Unternehmen zum Erfolg führen und dem deutschen Volke nach dem Sturz der Hitler-Tyrannei seine Freiheit wieder zurückgegeben werde“. Aber dann hätten „die beteiligten militärischen Kreise, entgegen der getroffenen Vereinbarung, vier Wochen zu früh losgeschlagen“.⁸

Wenig später erschien in Heidelberg einer der faszinierendsten und wichtigsten Zeitzeugenberichte zum zivilen Untergrund des „20. Juli“ überhaupt, verfasst von Emil Henk, einem der engsten Freunde und Mitstreiter Dr. Mierendorffs, Leuschners, Schwambs, auch Dr. Theo Haubachs, Prof. Dr. Adolf Reichweins und anderer NS-Gegner. Weil seine schmale Broschüre „Die Tragödie des 20. Juli 1944“ binnen kürzester Zeit vergriffen war, sah sich

Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel 1933–1945 sowie Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt/M. (1933/34). 2 Bde. Marburg 2005 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, 65). – Für die KPD wäre zudem die Überlieferung ihres Politbüros systematisch auszuwerten.

⁷ Zitiert nach: Keim (wie Anm. 3) S. 403. – Überspielungen des am 20. Juli 1955 ausgestrahlten Features, für das sich auch Emil Henk, Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, Alfred Freitag und Elisabeth Schwamb zu einer Gesprächsrunde im Studio zusammengefunden hatten, befinden sich inzwischen z. B. im NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen sowie in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

⁸ Regierungspräsident J. Steffan (Mainz): Von der Tyrannei gemordet, in: „Neuer Mainzer Anzeiger“, 22. Januar 1946. – Ludwig Schwamb ist am 23. Januar 1945 zusammen mit neun weiteren Verschwörern, darunter Theo Haubach, Hermann Kaiser und Helmuth James Graf von Moltke, in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet worden.

Henk veranlasst, noch 1946 eine zweite, leicht erweiterte Ausgabe herauszubringen.⁹ Eingehend wird darin erläutert, inwiefern der „20. Juli“ eben kein purer Militärputsch war, was bis heute irrtümlich meist angenommen wird, sondern wie der Umsturz als kombinierte, klug aufeinander abgestimmte Erhebung militärischer und ziviler Widerstandskreise hätte herbeigeführt werden sollen. Durch den Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner und seine Konfidenten seien mit der Zeit über das ganze Reichsgebiet verteilt Vertrauensleutestützpunkte gewerkschaftlich-sozialdemokratischer Prägung initiiert worden. Es habe sich um „ein unsichtbares Netz“ gehandelt, das „von oben herab bis hinunter in die kleinsten Gemeinden“ gespannt gewesen sei. Auf der Ebene der Entscheidungsträger habe diese Struktur mit den Anführern der bürgerlichen Opposition in konspirativer Verbindung gestanden, allen voran mit Carl Goerdeler, desgleichen mit Widerstandskräften im Bereich des Militärs, dort vor allem mit deren „Kopf“, Generaloberst a. D. Ludwig Beck. Allen sei klar gewesen, dass weder eine „Revolution von oben“, d. h. eine Aktion des Militärs ohne Einbeziehung jener weit verzweigten zivilen Oppositionsstrukturen Aussicht auf Erfolg gehabt haben würde noch umgekehrt der Versuch einer „Revolution von unten“ ohne militärische Unterstützung. Es sei vielmehr darauf angekommen, dass „die militärischen Gruppen den Anstoß“ zur Erhebung gaben, also den Erstschlag führten, wonach Leuschner „den politischen Sektor“ hätte mobilisieren sollen.

Kurz vor dem „20. Juli“ seien noch diverse andere Oppositionskräfte in den nichtmilitärischen Bereich der Fronde einbezogen worden, die sich – anders als die Sozialdemokraten und Gewerkschafter – auf keine eigenständige konspirative Organisation stützen konnten, nämlich „Katholiken, Protestanten, Demokraten und da und dort auch Liberale“, was – wie zu ergänzen ist – ebenso für vereinzelte lokale bürgerliche Gruppen und Freundeskreise sowie für die gleichfalls deutlich schwächer ausgeprägten Widerstandsstrukturen christlicher und liberaler Gewerkschafter gilt.¹⁰ „Mit den Kommunisten“ habe man aus Sicherheitsgründen dagegen „erst nach dem Sturz Hitlers die Verbindung“ aufnehmen wollen, da deren illegaler Apparat „seit Jahren von Gestapospitzeln durchsetzt war“. Als Reichwein und Dr. Julius Leber dann aber dennoch am 22. Juni 1944 in Berlin Sondierungsgespräche mit Funktionären der neuen operativen KPD-Landesleitung aufgenommen hatten, führte dies nicht nur zur Festnahme aller Beteiligten, sondern auch zur Aushebung weiter Strukturbereiche des kommunistischen Widerstandes, schwerpunktmäßig in der Reichshauptstadt und in

⁹ Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. 2., erw. Aufl. Heidelberg 1946; manche Ungenauigkeiten und auch Fehler seines Berichtes resultieren aus dem Umstand, dass er sich, wie er im Vorwort selbst betont, bei dessen Niederschrift „ausschließlich auf sein Gedächtnis verlassen“ musste. Henks gleichwohl unschätzbare Hinweise zu den Hintergründen und strukturellen Besonderheiten des „20. Juli“, vor allem zur Existenz diverser primär sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Vertrauensleutestützpunkte im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen haben sich durch neuere Forschungen prinzipiell bestätigen lassen.

¹⁰ Der konservative Jurist Fabian von Schlabrendorff hat berichtet, er habe schon im Herbst 1933 damit begonnen, u. a. in Rheinhessen „eine verlässliche antinationalsozialistische Zellenbildung ins Leben zu rufen“. In zäher Kleinarbeit sei es ihm gelungen, dort „viele wertvolle Menschen“ zu gewinnen und „der Oppositionsbewegung“ zuzuführen, wobei es „unmöglich“ sei, „alle ihre Namen zu nennen“, F. von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchges. u. erw. Ausg. von Walter Bußmann. Nach der Edition von Gero von Gaevernitz. Berlin 1984, S. 27; leider hat der Autor deshalb wohl darauf verzichtet, überhaupt einen jener rheinhessischen NS-Gegner namentlich aufzuführen. Es ist aber anzunehmen, dass sich unter diesen etliche jener konservativen und liberalen Antinazis befunden haben, die dann in den 1940er Jahren mit dem Leuschner-Netzwerk in Verbindung gebracht wurden. – Eine recht enge Kooperation der Führungsspitzen der diversen Strukturen des nichtkommunistischen Gewerkschaftswiderstandes bestand freilich schon seit langem. So erarbeiteten Leuschner, früher Bundesvorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der christliche Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband bereits 1936 und 1937 Denkschriften und Stellungnahmen, mit denen sie gegenüber einigen ranghohen Militärs, darunter Generalstabschef des Heeres Ludwig Beck, die brutale und unwürdige Behandlung der Arbeiterschaft und der Juden durch das NS-Regime anprangerten.

Mitteldeutschland. Nicht zuletzt um Leber und Reichwein zu retten und weil natürlich nicht sicher war, wie lange diese den NS-Folterspezialisten würden standhalten können, auch weil man wusste, dass die Fahnder einigen anderen Verschwörern ebenfalls bereits auf den Fersen waren, hätten Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seine Mitverschwörer sich zur Beschleunigung des Unternehmens gedrängt gesehen.

„Das mit am besten organisierte Gebiet“ jener bis zuletzt nur lose vernetzten, „mit der Berliner Zentrale“ allerdings durch einen „vorzüglichen Kurierdienst“ verbundenen zivilen Widerstandsstruktur sei, so Henk, „der Bereich zwischen Kassel und Heidelberg“ gewesen.¹¹ Die hierfür zuständige „Zentrale“ habe sich in Frankfurt am Main befunden. Angeleitet worden sei sie von Ludwig Schwamb, der „besonders eng mit Leber“ kooperiert und außerdem – wie u. a. Mierendorff, Reichwein, Haubach, Leber und Henk selbst – zum Kreisauer Kreis¹² gehört habe. Während Schwamb die Region südlich der Main-Linie bis nach Heidelberg in politischer Hinsicht Jakob Steffan überantwortet habe, sei für den nördlichen Bereich der sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker Willi Richter aus Frankfurt eingesetzt worden. Dieser war, was Henk möglicherweise nicht wusste, von seinem Freund Leuschner zugleich mit der Formierung des gewerkschaftlichen Widerstandes im gesamten, also im nördlichen wie im südlichen Gebiet betraut worden, wobei er in der Mainmetropole eng mit Willy Knothe kooperierte, bis zu seiner ersten Verhaftung im Sommer 1934 konspirativer Leiter des gesamten SPD-Widerstandes in Südwestdeutschland.¹³ Zum Zuständigkeitsbereich von Schwamb, Richter, Knothe und Steffan innerhalb jener reichsweiten Struktur gehörte naturgemäß auch Mainz, wobei jedoch nur Letztgenannter seit 1940 von hier aus direkt operierte. Weitere Stützpunkte haben – ganz so wie von Henk angegeben – außer in Frankfurt¹⁴ u. a. in Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden, in Worms, Alsheim, Guntersblum, Oppenheim und Nierstein bestanden, auch in Bingen und Ingelheim.

Für den Mainzer Stützpunkt sei Alfred Freitag zuständig gewesen, vordem dort u. a. Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, SPD-Stadtrat und -Landessekretär für Rheinhessen. Dieser habe „mit einer katholischen Gruppe unter Führung“ von Dr. Ernst Doller und mit einer Reststruktur des dortigen Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands¹⁵ kooperiert. Diese wurde von dessen vormaligem Bezirksleiter Anton Calujek

¹¹ Henk (wie Anm. 9) S. 48 ff.

¹² Den Grund dafür, warum diese nur recht kleine und elitäre Widerstandsgruppe um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg größten Wert auf die Mitarbeit von Führungspersönlichkeiten aus dem SPD- und Gewerkschaftswiderstand legte, hat Theodor Steltzer in der Denkschrift „Die deutsche Opposition gegen den Nationalsozialismus“ offenbart. Diese ließ er noch am 15. Juli 1944 über norwegische Verbindungsleute englischen Freunden Moltkes zukommen, um sie über die Positionen des Kreisauer Kreises aufzuklären und um einer womöglich verfehlten Nachkriegspolitik der Alliierten entgegenzuwirken. Darin heißt es, „die Arbeitervertreter“ stammten „aus der alten sozialistischen Gewerkschaftsorganisation, von der ein Gerippe noch in schwarzer Form existiert“. Die Denkschrift ist abgedruckt in: Th. Steltzer: Von deutscher Politik. Dokumente, Aufsätze und Vorträge. Hrsg.: Friedrich Minssen. Frankfurt/M. 1949, S. 81–96, Zitat dort: S. 82; wie dieses organisatorische „Gerippe“ vor dem Umsturzversuch revitalisiert wurde, davon handeln die frühen Berichte Henks, Steffans und etlicher anderer, die in diese Vorgänge unmittelbar involviert waren. – Auch viele der sonstigen bürgerlichen und militärischen Oppositionsgruppen sind bestrebt gewesen, sich durch Verbindung mit dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrund eine breitere Basis zu geben.

¹³ Zu Richters zusätzlicher gewerkschaftlicher Führungsaufgabe in Hessen siehe: Gerhard Beier: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978, S. 144 ff.; zu der Knothe zugeordneten diesbezüglichen Parallelfunktion siehe: Schreiben der Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten Hessen-Süd an die Redaktion der „Deutschen Woche“, Frankfurt/M., 5. September 1949, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 201.

¹⁴ Der dortige Stützpunktleiter, der Kriminalbeamte Christian Fries, hat am 12. Januar 1947 Steffans führende Funktion in jener Struktur in einer umfangreichen Stellungnahme in eigener Sache für das Hessische Ministerium für politische Befreiung ausdrücklich bestätigt, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 1555.

¹⁵ Auch Widerstandsstrukturen anderer Gewerkschaftsverbände verfügten in Mainz vordem über kleinere Stützpunkte oder haben hier zeitweilig Aktivitäten entfaltet bzw. zumindest ihre antinazistischen Schriften zur

sowie vom früheren Gewerkschaftssekretär und SPD-Kommunalpolitiker Adolf Bößwetter angeleitet. Es sollen hier sogar „alle Vorbereitungen getroffen“ worden sein zur Auslösung eines „Eisenbahnerstreiks“ als Initialzündung für den „Generalstreik“, den Calujek ausrufen sollte, sofern die Militäraktion gegen Hitler erfolgreich verlaufen wäre. Darüber hinaus seien Maßnahmen zur Ausschaltung der NS-Führungsriege getroffen worden. Und wie in Frankfurt und wohl auch in Wiesbaden verfügten die Widerstandskräfte in der Domstadt überdies über eine verdeckte Verbindung zur Gestapo. Dadurch gelangte man, wie anderen Quellen zu entnehmen ist, wiederholt an brisante Informationen, so über drohende Festnahmen, weshalb immerhin einige aus rassistischen, politischen oder religiösen Gründen verfolgte Personen gerettet werden konnten, beispielsweise der Mainzer Bischof und ehemalige Zentrums-Abgeordnete im Volksstaat Hessen Prof. Dr. Albert Stohr. Die höchst riskante Abschöpfung mehrerer regimekritisch gesinnter Mainzer Gestapobeamter wurde von dessen früherem Landtagskollegen Jakob Steffan persönlich realisiert.

Wäre der Militärschlag gegen den Diktator am 20. Juli 1944 geglückt, hätten die in Stadt und Land parat stehenden zivilen Widerstandskräfte unverzüglich hervortreten sollen, um das Unternehmen möglichst bald in die von ihnen gewünschte demokratische Richtung zu lenken. Diese lässt sich etwa an der Liste der Politischen Beauftragten und Unterbeauftragten für die unmittelbare Umsturzphase, mehr noch an der Kabinettsliste einer umgehend zu bildenden, politisch außerordentlich breit angelegten Zivilregierung ersehen.¹⁶ Der Ausgang der Aktion ist bekannt. Den reichsweiten Fahndungsmaßnahmen der „Sonderkommission 20. Juli“ fielen zwar nicht wenige Protagonisten der Verschwörung aus Militär, Bürgertum und Arbeiterschaft zum Opfer, darunter der als Vizekanzler, wenn nicht später als Kanzler oder gar als Staatsoberhaupt vorgesehene Wilhelm Leuschner, desgleichen Ludwig Schwamb, der womöglich an die Spitze der ersten nichtnazistischen Provinzregierung im damaligen Hessen-Nassau gerückt wäre. Ihre zahlreichen Mitstreiter aus der zweiten und dritten Reihe der Phalanx wurden freilich nicht entdeckt. Dies mutet zwar über die Maßen erstaunlich an, zumal Henk auch noch behauptet hat, allein in dem „Gebiet zwischen Rhein-Main und Neckar“, also in Steffans Zuständigkeitsbereich, hätten „1.000 Mann“ als „Vorhut“ bereitgestanden, hinter denen sogar „weitere 10–15.000 Menschen“ verfügbar gewesen seien, was in etwa dem entspricht, was Steffan gegenüber Kahn als mobilisierbares Antinazikontingent genannt hat. Zwar sollten Hinweise solcher Art eigentlich nicht als Glaubensfragen behandelt werden, gerade wenn sie von einem an jenen Aktivitäten einst maßgeblich Beteiligten stammen, aber natürlich erscheinen diese Zahlenangaben unbestreitbar als viel zu hoch. Gleichwohl hat eine Überprüfung nur für das Rhein-Main-Gebiet erbracht, dass dort tatsächlich wenigstens 550 NS-Gegner in den zivilen Untergrund des „20. Juli“ eingebunden gewesen sind, was dann auf die gesamte Region zwischen Main und Neckar hochzurechnen und zudem noch – wie überhaupt unabdingbar zur adäquaten Quantifizierung des personellen Potentials von Widerstandsstrukturen – um eine nicht unbeträchtliche Dunkelziffer zu ergänzen wäre. Jene Antinazikräfte, es sei nochmals betont, hätten auf alle Fälle erst nach einer militärischen Entscheidung aktiviert werden können und sollen.

Verbreitung gebracht, so zwei miteinander kooperierende Jugendgruppen des Zentralverbandes der Angestellten aus Frankfurt und Darmstadt, die in weiten Teilen Südwestdeutschlands operierende „Funken“-Gruppe, der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sowie auch später noch eine personell ebenfalls nur äußerst schwache Gruppe christlicher Gewerkschafter mit Verankerung darüber hinaus lediglich in Frankfurt, Offenbach und Oberursel.

¹⁶ Peter Hoffmann: Widerstand · Staatsstreich · Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München 1985, S. 439 ff. u. S. 453 ff.

Aus verschiedenerlei Gründen haben die faschistischen Fahnder diese zivile Widerstandsstruktur nicht zu enttarnen vermocht: Sie operierte von vornherein weitestgehend dezentralisiert und entsprechend enthierarchisiert, d. h. die einzelnen Gruppen und Freundeskreise blieben vor Ort bis zuletzt überwiegend autonom. Es handelte sich eher um ein informelles Kontaktnetz, das auf antinazistische Schrift- oder Flüsterpropaganda fast völlig verzichtete. Es wurde ein nahezu perfektes System konspirativer Abschottung der einzelnen Segmente des Gefüges zugrunde gelegt, womit die Konsequenzen gezogen wurden aus den bitteren Erfahrungen während der ersten Jahre der Diktatur, als es der Gestapo immer wieder gelungen war, ganze lokale und regionale Strukturbereiche des Widerstandes aufzureiben, nachdem sie erst einmal einzelne Personen ins Visier bekommen und dann bestimmte zwischen diesen bestehende Querverbindungen aufgespürt hatte. Außerdem gaben die verhafteten Anführer jener Widerstandsbewegung ihr womöglich weiterführendes Wissen nicht preis, weder unter der Folter noch vor dem so genannten „Volksgerichtshof“. Und auch jene schließlich, die im Zuge der gegen frühere Funktionäre von SPD, KPD, Gewerkschaften und dann noch des Zentrums gerichteten Aktion „Gewitter“ einen Monat nach dem gescheiterten Umsturzversuch ohne konkrete Verdachtsmomente verhaftet wurden¹⁷, aber trotzdem in die Konspiration involviert gewesen sind, begingen keinen Verrat. Dies gilt für Anton Calujek ebenso wie für Jakob Steffan und viele andere. Während Ersterer für drei Monate ins KZ Dachau verbracht wurde, hatte Steffan die Mainzer Gestapodienststelle bereits nach wenigen Stunden wieder verlassen können. Um die informellen Kontakte zu tarnen, war dieser nämlich von den ihm verbundenen dortigen Beamten zuletzt gar als V-Mann registriert worden, was ihn geschützt hat. Verwertbare Informationen über Regimegegner hat er der Gestapo aber mit Bestimmtheit nicht geliefert, was vor allem daran ersichtlich ist, dass es durch ihn zu keinerlei Festnahmen gekommen ist.

Steffan ist daraufhin für die nächsten Monate bei der Schwiegermutter seines einstigen Dachau-Kameraden Adolf Diehl in Spiesheim auf Tauchstation gegangen. Auch anderen Verschwörern glückte die Flucht bzw. sie blieben in Deckung. Nach Eintreffen der US-Kampfverbände legten sie sich zumeist umgehend für den demokratischen Wiederaufbau ins Zeug.

Frühphase des SPD-Widerstandes

Antinazistischer Widerstand ist natürlich schon bereits während der Weimarer Republik geleistet worden, und zwar im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Bereich. Nach der Machtübertragung an Hitler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 kam es dann sogleich zu großen Protestmanifestationen der Organisationen der Arbeiterbewegung landauf, landab. Auch durch Mainz zogen noch am selben sowie am folgenden Abend eindrucksvolle, zum Teil von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit NS-Anhängern begleitete Demonstrationzüge der Kommunisten und der Eisernen Front, des sozialdemokratischen Kampfbündnisses zur Verteidigung der Republik. Den kommunistischen Aufrufen zur gemeinsamen antinazistischen Aktion bzw. zum Generalstreik mochten die sozialdemokratischen Führungen jedoch nicht folgen, obzwar es zuvor hie und da – etwa in Oggersheim oder in Grünstadt – durchaus zu zeitweiligen Kooperationen unterer Parteigliederungen gekommen war. In Anbetracht der horrend hohen Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden exorbitanten Mitgliederverluste befürchteten die Sozialdemokraten nicht zuletzt, das für einen politischen Ausstand erforderliche Kräftepotential nicht in

¹⁷ In Mainz wurden im Zusammenhang mit diesem lange geplanten, verschiedentlich auch als Aktion „Gitter“ bezeichneten reichsweiten Vergeltungs- bzw. Präventivschlag gegen die Opposition rund 60 Personen festgenommen, von denen ein großer Teil in Konzentrationslager überstellt wurde, Auskunft von Angelika Arenz-Morch, NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen, 22. August 2007.

ausreichendem Umfang aktivieren zu können. Außerdem war die paramilitärische Überlegenheit des Gegners evident, und an der Positionierung der Reichswehr in einem solchen Fall konnte eh kein Zweifel bestehen. Deshalb appellierte die SPD auch in Mainz wie im ganzen Volksstaat Hessen an ihre Anhängerschaft, bei der neuerlichen, auf den 5. März festgesetzten Reichstagswahl, dem dritten diesbezüglichen Urnengang binnen nur sieben Monaten, gegen das neue „System der Gewalt“ lediglich mit dem Stimmzettel als „Waffe“ zu Felde zu ziehen, um so „das deutsche Volk vor dem Abgrund des Bürgerkrieges, in den es der Faschismus hineinstürzt“, zu retten.¹⁸ Wie meistenorts gab sich die vordem so kämpferisch aufgetretene hiesige Eiserne Front schon Anfang März auf ganzer Linie geschlagen. Dem massiven Terror der NS-Formationen hatte sie nichts entgegenzusetzen gewusst. Unterm Strich niederschmetternd für die demokratischen Kräfte war obendrein der Wahlausgang, und zwar reichsweit wie in Mainz: Während SPD und Zentrum ihre Stimmenanteile hier zwar leicht steigern konnten, votierten für die NSDAP rund 10.000 Stimmberechtigte mehr als bei der letzten Reichstagswahl vom 6. November 1932, womit diese Partei die dominierende politische Kraft in der Stadt wurde, obschon sie andererseits kaum ein Drittel aller Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Die Kommunisten mussten einen Verlust von 650 Stimmen hinnehmen, wären freilich als Koalitions- bzw. Bündnispartner für die bürgerlichen Parteien wie für die von ihnen seit Jahren als „Sozialfaschisten“ aufs heftigste bekämpften Sozialdemokraten ohnehin nicht in Frage gekommen. Ansonsten hatten sich knapp über die Hälfte aller deutschen Wähler für die NSDAP und deren Bundesgenossen, die nicht minder reaktionäre und antisemitische Deutschnationale Volkspartei, entschieden.

Die NS-Gewaltexzesse gegen die Aktivisten und Einrichtungen der Arbeiterbewegung setzten sich ungebremst fort. Brutale Überfälle auf Personen, für die Opfer nicht selten mit üblem, wenn nicht tödlichem Ausgang, Haussuchungen, Versammlungs- und Presseverbote, willkürliche Festnahmen, KZ-Einweisungen usw. waren an der Tagesordnung. Eiserne Front und Reichsbanner Schwarz Rot Gold wurden im Volksstaat Hessen – ebenso wie eine Reihe kommunistischer Organisationen – bereits am 16. März verboten. Entsetzen und Resignation machten sich im sozialdemokratischen Lager breit, aber nicht nur dort. Die vermeintlich so kampfstarke Führung von SPD und der mit ihr bis dahin eng verbundenen Gewerkschaften haben ihren Legalitätskurs gleichwohl strikt beibehalten. Dieser wies – sieht man von der mutigen Rede des Parteivorsitzenden Otto Wels einmal ab, mit der dieser am 23. März 1933 im Reichstag die Ablehnung des „Ermächtigungsgesetzes“ durch seine Fraktion begründete – zeitweilig schon Züge von Nachgiebigkeit und Anpassungsbereitschaft gegenüber den neuen Machthabern auf. Dennoch wurden die Gewerkschaften am 2. Mai zerschlagen, während die SPD und ihre Nebenorganisationen das Betätigungsverbot am 22. Juni erteilte. Dagegen versuchte nun eine couragierte Minderheit aus deren Mitgliedschaft und Funktionärskörper Reste der rasch vollständig zerstörten Organisationsstrukturen zu kleinen lokalen Widerstandsgruppen zusammenzufassen, die zügig regional und auch überregional vernetzt wurden. Diese sollten eine gewisse demokratische Grundsubstanz über die Verfolgungszeit hinwegretten, um nach dem erhofften baldigen Zusammenbruch der Diktatur als Kristallisationskerne zu dienen für die dann unverzüglich in Angriff zu nehmende Reorganisationsarbeit.¹⁹

¹⁸ So im vom Offenbacher SPD-Landessekretär Wilhelm Widmann verantworteten SPD-Wahlaufruf „Alarm! Alarm! Laßt euch nicht einschüchtern“, als Faksimile in: Schütz (wie Anm. 5) S. 152 f.

¹⁹ Anfänglich gab man sich selbst im Bereich der Sozialdemokratie vielfach noch der Illusion hin, das NS-Regime werde bald an seinen inneren Widersprüchen scheitern bzw. sich perspektivisch durch eine Revolution hinwegfegen lassen. Diese völlig utopische Vorstellung hegten mehr noch die Kommunisten, desgleichen die meisten der proletarischen Kleinorganisationen im politischen Zwischenfeld zwischen SPD und KPD. – In Mainz waren Widerstandsstrukturen der Sozialistischen Arbeiterpartei, der in deren Konspiration eingeklinkten Trotzlisten sowie des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes aktiv; die „Berichte über die Lage in

Schon 1932 war übrigens in einigen SPD-Bezirken, so auch im Volksstaat Hessen, damit begonnen worden, ein konspiratives Pioniersystem zu konzipieren, dessen künftige Hauptaufgabe antinazistische „Zersetzungsarbeit“ sein sollte. Hierzu war beabsichtigt, entsprechende Schriftpropaganda zu betreiben, einen speziellen Nachrichten- und Kurierdienst zu organisieren, Verbindung mit befreundeten Polizei- und anderen Beamten zu suchen und außerdem vorsichtig Fühlung aufzunehmen mit Kreisen der bürgerlichen Opposition. Die Anführer dieses im Frühjahr 1933 aktivierten Prototyps einer linkssozialistischen Widerstandsstruktur, durch die vornehmlich jüngere und risikobereite Parteimitglieder, solche der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) sowie oppositionelle, d. h. nichtstalinistische Kommunisten und andere Linkskräfte erfasst werden sollten, waren hauptsächlich der bereits zur Fahndung ausgeschriebene Darmstädter Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff und der ebenfalls untergetauchte Vorsitzende des Frankfurter Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes Siegfried Höxter. Im ganzen Rhein-Main-Gebiet und in dessen weiterem Einzugsbereich wurden zahllose geheime Zusammenkünfte und Besprechungen zur Ankurbelung der Widerstandsarbeit durchgeführt. Mindestens an einem dieser Treffen haben Wilhelm Leuschner und der Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher teilgenommen. Anfang Juni wurde in Frankfurt sogar eine als „Geburtstagsfeier“ allerdings recht dilettantisch getarnte Gründungsversammlung durchgeführt, an der sich bis zu 100 Sozialdemokraten aus dem ganzen Volksstaat Hessen beteiligt haben sollen. Nachdem Wochen zuvor eine illegal verbreitete Gewerkschaftszeitung der Wiesbadener Kommunisten diese frühe Untergrundstruktur massiv attackiert und dabei auch noch die Klarnamen Mierendorffs und Höxters genannt hatte, schlugen die faschistischen Fahnder bald zu und verhafteten einige jener Widerstandsaktivisten. Mierendorff wurde zunächst ins KZ Osthofen verschleppt, um anschließend noch bis Anfang 1938 in diversen weiteren Haftstätten des „Dritten Reiches“ drangsaliert zu werden. Einige andere vermochten ins Ausland zu entkommen, so Höxter, wiederum andere gingen erst einmal in Deckung.²⁰ Wer aus Mainz bzw. Rheinhessen in jene Widerstandsaktivitäten involviert gewesen ist, konnte bislang nicht ergründet werden. Jakob Steffan hat sicherlich nicht dazu gehört, befand er sich doch schon seit dem 31. März 1933 in Haft, aus der er erst sieben Jahre später wieder freikam.

Fest steht indessen, dass bereits im Frühsommer 1933 einige oppositionelle Mainzer Sozialdemokraten in regelmäßiger Verbindung standen mit einer Offenbacher Widerstandsgruppe um Hans Stoffers. Von dort seien weitere konspirative Verbindungen nach Oberhessen und nach Darmstadt gelaufen, hat dessen damalige Ehefrau Edel Gasch berichtet. Jeder einzelne Mitstreiter habe „um sich etwa zehn Leute sammeln“ sollen, die sodann „mit Flugblättern und mündlichen Informationen“ versorgt worden seien. Stoffers hatte vordem schon mit Mierendorff kooperiert, war nicht zuletzt in dessen Aktivitäten zur Schaffung einer ersten funktionsfähigen Widerstandsstruktur in Südhessen einbezogen gewesen, und auch mit Mierendorffs engstem Freund, dem Reichsbannerführer Theo Haubach in Berlin stand die Offenbacher Gruppe in Kontakt.²¹

Aus dem inzwischen vollständig zugänglichen Aktenmaterial der Prozesse gegen die Untergrundstrukturen der SPD in deren vormaligen Bezirken Hessen (Offenbach) und

Deutschland“ der Gruppe „Neu Beginnen“ brachten vereinzelt Meldungen auch aus Koblenz, der Pfalz, Rheinhessen und Mainz, siehe: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 5) S. 53 ff.

²⁰ Hierzu sowie zum Folgenden siehe: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 5) S. 33 ff.; A. Ulrich: Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924–1938. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd u. Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt/M. 1988.

²¹ Edel Gasch: Langer Brief an meine Kinder. Eine Offenbacher Lebensgeschichte. Offenbach 1981, S. 91 ff.

Hessen-Nassau (Frankfurt)²² geht hervor, dass dort spätestens ab 1934 annähernd 40 Stützpunkte konspirativ miteinander vernetzt waren, darunter Mainz und die damaligen Mainzer Vororte Kostheim und Kastel²³. Regelmäßig wurde hier das vom Exilvorstand der Partei in der Tschechoslowakei bezogene antinazistische Propagandamaterial zur Verbreitung gebracht. Die „Sozialistische Aktion“, das speziell für die antinazistische Inlandsarbeit auf Dünndruckpapier und im Kleinformat produzierte neue Parteiorgan, wurde zur Finanzierung der Widerstandsarbeit für 10 Pfennig pro Stück vertrieben. Jeder Bezieher dieser Zeitung sollte sein Exemplar nach der Lektüre an einen anderen vertrauenswürdigen Gesinnungsfreund weiterreichen, wobei der jeweils letzte Leser dieses unter allen Umständen zu vernichten hatte. Der Mainzer Stützpunkt wurde über Peter Hück in Mainz-Kastel, aber auch durch einen Kurier aus Offenbach beliefert. Darüber hinaus sind im gesamten Organisationsbereich Informationen zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation, auch zur Judenverfolgung sowie zu Widerstandsaktivitäten gesammelt und zu Lage- bzw. Stimmungsberichten zusammengefasst worden. Über das Grenzsekretariat Südwest in Frankreich bzw. im Saargebiet, später in Luxemburg gelangten die Meldungen schließlich nach Prag zur Exil-SPD, um in deren zur Aufklärung des Auslandes über die wirklichen Verhältnisse in Nazi-Deutschland herausgegebenen „Deutschland-Berichten“²⁴ publiziert zu werden. Dabei wurde sorgsam darauf geachtet, dass die Herkunft der Nachrichten verschleiert wurde. Zur Koordinierung der illegalen Arbeit wurden gelegentlich Abgesandte der diversen Stützpunkte der Untergrundstruktur zu Beratungen zusammengerufen. Diese wurden teils im benachbarten Ausland, teils im faschistischen Deutschland durchgeführt. In Mainz beispielsweise kamen Mitte 1934 insgesamt 21 Funktionäre aus Frankfurt, Wiesbaden, Wetzlar, Mannheim, Ludwigshafen und weiteren Städten Hessens und Badens zusammen.²⁵ Die Durchführung einer Geheimkonferenz solchen Umfangs machte eine Vielzahl konspirativer Sicherheitsvorkehrungen erforderlich, die zwangsläufig nur ein größerer, reibungslos arbeitender Apparat bewältigen konnte, was die personelle Stärke des Mainzer Stützpunktes erahnen lässt.

Im Herbst 1935 wurde diese vom früheren Gausekretär des Reichsbanners für Hessen-Nassau, dem Frankfurter Paul Apel angeführte neue SPD-Bezirksstruktur durch eine große Festnahmewelle schwer getroffen, eine weitere folgte im Jahr darauf. Insgesamt erlitt es mehr als 120 Regimegegner, von denen über 100 zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. In einer Serie von Prozessen wurden alles in allem rund 170 Jahre Zuchthaus- bzw. Gefängnishaft verhängt. Der einstige Polizeibeamte und Kreisführer des Reichsbanners Georg Dirk erhielt eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, der wie dieser in Mainz beheimatete Invalide Johann Braun eine solche von sechs Monaten, der Handlungsgehilfe Konrad Lein, ebenfalls aus Mainz, konnte wegen Glaubhaftmachung seiner Schutzbehauptungen Freispruch erwirken. Der Kostheimer Johann Brückl, vormals Bezirksleiter des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und Mitglied des Mainzer Stadtparlaments, erhielt zehn Monate Gefängnis zuerkannt, wobei seine gleichzeitige illegale Gewerkschaftsarbeit zum Glück unentdeckt geblieben ist.²⁶ Aus Mainz-Kastel wurden der Schlosser und letzte dortige SPD-Vorsitzende vor dem Verbot Johann Juli sowie der Schiffer Heinrich Menz zu zwölf bzw. zehn Monaten Gefängnis verurteilt, während der Arbeiter und Reichsbannerkassierer

²² Zu einem großen Teil auch in: StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 1089 u. Nr. 1090.

²³ Siehe hierzu: Bernhard Post, Burkhard von Wedel: 110 Jahre SPD Kastel. Hrsg.: Vorstand des SPD-Ortsvereins Mainz-Kastel. Mainz-Kastel 1984, S. 65 ff.

²⁴ Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. 7 Bde. Neu hrsg. u. mit einem Register vers. von Klaus Behnken. Salzhäusen, Frankfurt/M. 1980; auch aus Mainz finden sich dort einige Einzelmeldungen.

²⁵ AsD Bonn Best. Sopade 90, Notiz Georg Reinbold „Besprechung mit K. am 1. Juli 1934“.

²⁶ Willy Buschak: Von Menschen, die wie Menschen leben wollten. Die Geschichte der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und ihrer Vorläufer. Köln 1985, S. 246 f. u. S. 258.

Peter Hück eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verbüßen musste. Die Verurteilten hatten generell den tatsächlichen Umfang ihrer Aktivitäten ganz erheblich herunterzuspielen vermocht, wie auch bei weitem nicht ihre gesamte Widerstandsstruktur hatte enttarnt werden können. In Wiesbaden z. B. wurden zwar die beiden Funktionäre Georg Feller und Albert Markloff sowie ein weiterer Sozialdemokrat verhaftet und zu Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt. Aber weder in ihrer Verhandlung noch zuvor in den Verhören, in denen – ganz und gar übliche Praxis damals – vor Gewaltanwendung nicht Halt gemacht worden war, hatten sie preisgegeben, dass sie selbst sowie etliche ihrer Mitstreiter bewaffnet gewesen sind und wer alles wirklich von ihnen mit der „Sozialistischen Aktion“ versorgt worden ist. Im Nachhinein hat Feller bezeugt, dass jenem Leserkreis de facto bis zu 50 Personen angehört haben.²⁷

Dass seinerzeit längst nicht das ganze Ausmaß auch des Mainzer SPD-Widerstandes offenbar geworden war, zeigt ein weiterer Prozess, der 1938 gegen den Schriftsetzer Franz Winkeler, einst 2. Bezirksvorsitzender des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und Kreisführer der insbesondere mit der Absicherung von Personen, Veranstaltungen und Gebäuden betrauten Schutzformation des Reichsbanners, sowie den Maschinenmeister und KPD-Aktivisten Johannes Schüren geführt wurde. Im Spätsommer 1934 hatte sich Winkeler, nun Anführer einer wohl zehn- bis zwölköpfigen sozialdemokratischen Widerstandsgruppe in Mainz-Mombach, auf Schürens Vorschlag hin zu Unterredungen mit der Leitungsebene des konspirativen KPD-Bezirks Hessen-Frankfurt wegen einer möglichen künftigen Kooperation bereit erklärt. Das erste dieser Treffen, an denen außerdem Winkeler Genossen Georg Dirk und der frühere SPD-Stadtrat Adolf Bößwetter teilgenommen haben, war gegen Anfang bis Mitte November in einer Gastwirtschaft nahe dem Südbahnhof erfolgt, zwei weitere Zusammenkünfte sind kurz darauf in Bößwetters Gartenhäuschen in Mainz-Kastel durchgeführt worden. Walter Kaßner, gerade erst frisch eingesetzter neuer Politischer Leiter jenes KPD-Bezirks 23, hatte den Sozialdemokraten schließlich eine bereits fertig formulierte „Einheitsfront-Resolution“ mitgebracht und zur Diskussion gestellt, für die auch die Bezirksleitung Hessen-Nassau der SPD hätte verantwortlich zeichnen sollen. Ein Einvernehmen hierüber hatte sich mit den Mombacher SPD-Funktionären jedoch nicht erzielen lassen, wenngleich sich diese anfänglich durchaus interessiert und im Grundsatz sogar zustimmend gezeigt hatten. Nachdem die Verbindung infolge von Verhaftungen innerhalb der Mainzer KPD vorübergehend stillgelegt worden war, hatte Mitte Dezember 1934 noch eine vierte Begegnung zwischen Winkeler und zwei KPD-Vertretern an der Gonsenheimer Kirche stattgefunden, bei dem der Sozialdemokrat, inzwischen misstrauisch geworden, sich allerdings auf nichts mehr festlegen lassen mochte.

Geschehnis wie Prozess sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Obgleich eine Vereinbarung über eine „Einheitsfront“ in Mainz – ebenso wie kurz zuvor in Frankfurt – faktisch nicht zustande gekommen ist, haben die KP-Funktionäre deren angeblichen Abschluss über ihren Stützpunkt in Saarbrücken der Kommunistischen Internationale nach Moskau gemeldet. Beim in Mainz vorgelegten „Diskussionsentwurf“ handelte es sich nicht etwa um einen von Kaßner eigens verfassten Text, wie dieser seine sozialdemokratischen Gesprächspartner glauben ließ, sondern um eine fast wortgleiche Version des vorgeblichen Frankfurter „Einheitsfront-Abkommens“, das die KPD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt in ihrer „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. September 1934 in vollem Wortlaut publiziert hatte, obwohl ihre dortigen Gespräche mit einem diesbezüglich freilich überhaupt nicht autorisierten

²⁷ Georg Feller: Aus der Widerstandsarbeit des Wiesbadener Reichsbanners, in: Ulrich: Freiheit! (wie Anm. 20) S. 143–155, hier: S. 149 ff.

Mitglied der SPD-Bezirksleitung Hessen-Nassau längst gescheitert waren²⁸; zu jenem Zeitpunkt hatte Kaßner seinen neuen Posten in Frankfurt auch noch gar nicht bezogen. Beachtenswert ist ferner, dass für dieses so viele Zeit danach erst durchgeführte Strafverfahren Kaßner, der damalige Bezirksleiter des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) Udo Grünh und zwei weitere KPD-Funktionäre, die allesamt in die Bemühungen zur Anwerbung von Sozialdemokraten für die Widerstandsarbeit der KPD involviert gewesen sind, aus verschiedenen Haftanstalten als Belastungszeugen herangezogen wurden.²⁹ Es wird sich schwerlich von der Hand weisen lassen, dass die NS-Strafverfolger den in der Anklage- sowie Urteilschrift en détail beschriebenen Aktivitäten nur durch Folter bzw. Erpressung oder – wie etwa bei der Aufdeckung der SPD-Widerstandsstrukturen um Paul Apel – durch Verrat haben auf die Spur kommen können. „Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ wurden Winkeler schließlich zu drei Jahren, Schüren zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die sozialdemokratischen Untergrundstrukturen³⁰ waren damals auch reichsweit nahezu vollständig zerschlagen. Wer bis dahin noch nicht verhaftet und abgeurteilt worden war, zog sich in die allerorten gleichwohl weiterhin bestehenden oppositionellen Freundeskreise und Diskussionszirkel zurück, auf die erst geraume Zeit später wieder von Leuschner und seinen Freunden im Zusammenhang mit der Schaffung einer in ganz Deutschland weit verzweigten primär sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Vertrauensleutestruktur zurückgegriffen wurde.

Kommunistische Widerstandsstrukturen

Bereits während der Weimarer Republik hatten die Kommunisten konspirative Methoden angewandt, etwa im Rahmen ihres Nachrichtendienstes sowie des seit 1929 verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes (RFB) oder im betrieblichen Bereich. Spätestens seit dem Sommer 1932 waren sie bestrebt gewesen, auch ihre sonstigen Gliederungen auf die Erfordernisse illegaler Arbeit umzustellen. Als „Hauptfeind“ hatten sie seit Jahren jedoch mehr die Sozialdemokratie denn die NSDAP ausgemacht und bekämpft. Ihr strategisches Ziel war dabei erklärtermaßen die Zerstörung der ohnedies krisengebeutelten und politisch längst schwer angeschlagenen jungen Demokratie, an deren Stelle sie baldmöglichst ein Herrschaftssystem sowjetischer Prägung zu errichten trachteten. Aber sie wurden seinerzeit nicht nur durch die Politische Polizei, sondern auch schon von den Nationalsozialisten im Zuge ihrer Gegnerbeobachtung ausgiebig observiert. Insofern war für diese 1933 nicht nur die Führungsriege der Kommunisten, sondern auch ihr ganzes Organisationsgefüge weitgehend transparent. Die sofort nach der Machtübertragung an Hitler gegen sie einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen hatten sie in dieser ungeheuren Wucht nicht erwartet. Gleichwohl wähten sie sich nach wie vor in einer vorrevolutionären Situation, was erklärt, warum sie ihre rasch immens gelichteten Reihen dennoch recht lange noch, nämlich bis Mitte der 1930er Jahre auf Organisation eines antinazistischen Massenwiderstandes orientierten.

²⁸ Zu den Hintergründen jenes angeblichen Frankfurter „Einheitsfront-Abkommens“ siehe: Ulrich: Freiheit! (wie Anm. 20) S. 109 ff.; Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 5) S. 43 f. u. S. 103 f.; außerdem zu Mainz: ebenda, S. 126 f. u. S. 134 f.

²⁹ Urteil des Oberlandesgerichts Kassel gegen Franz Winkeler und Johannes Schüren, 24. Juni 1938, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 1248.

³⁰ Auch aus dem Bereich der SAJ und der Naturfreunde gibt es für Mainz Hinweise auf Widerstandsaktivitäten. Letztere haben sich weiterhin im kleinsten Kreis getroffen und sind gemeinsam auf Wanderschaft gegangen. Mitunter wurden in entlegenen Waldgebieten sogar Treffen durchgeführt, an denen Naturfreunde aus Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden und Mainz teilnahmen, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 252 u. Nr. 1945.

Ihr im höchsten Maße riskanter Offensivkurs gegen das „Dritte Reich“ hat sich in den Statistiken zur politischen Verfolgung unausbleiblich prägnant niedergeschlagen, beweist aber zugleich ihren enormen Mut und Kampfgeist, wofür ihnen Respekt zu zollen ist.³¹ Jedenfalls lassen sich rund 80 Prozent aller in industriellen Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet nachweisbaren Widerstandshandlungen auf die KPD und deren Nebenorganisationen zurückführen. In Mainz und Umgebung hatten immerhin zwei Drittel aller aus politischen Gründen strafrechtlich Verfolgten einen kommunistischen Organisationshintergrund.³² Der von der KPD und ihren Gliederungen geleistete politische Widerstand kann hier jedoch ebenfalls lediglich an einigen wenigen Beispielen verdeutlicht werden.³³

Gegen die kommunistischen Funktionäre und Aktivisten gingen die Nationalsozialisten von Anfang an mit besonderer Härte vor, zumal gegen jedwede von ihnen ausgehende Widerstandsregung. Haussuchungen, Beschlagnahmungen, Vorladungen, Festnahmen bzw. Verhaftungen, Verhöre in den SA-Folterkellern oder Polizeidienststellen sowie -haftstätten, auch in Gerichtsgefängnissen, dabei immer wieder fürchterliche Misshandlungen, sodann oftmals – zwecks weiterer „Disziplinierung“ – die Verbringung in ein Konzentrationslager waren alltäglich. Für den Volksstaat Hessen war ein solches am 6. März 1933 in Osthofen in Dienst genommen worden.³⁴ Bei der Entlassung musste ein Revers unterschrieben werden, über das dort Erlebte Stillschweigen zu bewahren; darüber hinaus waren die damit verbundenen Meldeauflagen peinlich genau zu befolgen. Dessen ungeachtet nahmen die Kommunisten die Reorganisation ihrer sowohl durch die Massenverhaftungen als auch wegen der zahllosen Abtrünnigen während der ersten Monate der Hitler-Herrschaft schwer in Mitleidenschaft gezogenen Organisationsstrukturen schleunigst in Angriff.

Nachdem zuvor schon etliche hiesige Kommunisten wegen Herstellung, Besitz und Verbreitung antinazistischer Schriften inhaftiert worden waren³⁵, berichtete die Lokalpresse im folgenden September von einem gewaltigen Verhaftungsschlag gegen die Widerstandsstrukturen der rheinhessischen und somit auch der Mainzer KPD. Hierbei habe man „Bomben, Höllenmaschinen, Sprengstoff, Waffen und Munition in größeren Mengen beschlagnahmt“ und „79 Kommunisten in Haft genommen“. Diesen sei es zuvor „trotz aller polizeilichen Gegenmaßnahmen“ binnen kürzester Zeit gelungen, wieder einen gut

³¹ Insgesamt war wohl etwa die Hälfte der einst 300.000 KPD-Mitglieder während des „Dritten Reiches“ mehr oder minder lange inhaftiert; rund 20.000 sollen bis 1945 ermordet bzw. hingerichtet worden sein, so: Andreas Herbst: Kommunistischer Widerstand, in: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Bonn 2004 (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe, Bd. 438), S. 33–55, hier: S. 51. – Zum Widerstand der KPD in ihren Bezirken Baden-Pfalz und Mittelrhein sowie Saarpfalz bzw. später Mittelrhein-Saarpfalz siehe z. B.: Klaus J. Becker: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956. Mainz 2001 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 22), S. 56–77.

³² Von den Oberlandesgerichten Darmstadt und Kassel sowie vom „Volksgerichtshof“ wurden zwischen 1933 und 1945 insgesamt 137 Personen aus Mainz und Umgebung aus politischen Gründen strafrechtlich verfolgt: Mindestens 91 Personen sind wegen für die KPD oder deren Nebenorganisationen entfalteteten antinazistischen Aktivitäten verurteilt worden, 18 wegen Betätigung für die SPD und deren Untergliederungen; fünf Regimegegner entstammten dem Bürgertum, und bei 23 weiteren Personen ist der Verfolgungshintergrund unklar, Auskunft von Dr. Wolfgang Form, Philipps-Universität Marburg, Datenbank zur politischen NS-Strafjustiz in Hessen, 15. August 2007. Nicht berücksichtigt hierbei sind die Fälle von Widerständlern, die auf andere Weise verfolgt wurden oder die unerkannt geblieben sind.

³³ Viele Hinweise zum kommunistischen Widerstand in Mainz in: Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 5) S. 96 ff.

³⁴ Dieses KZ bestand bis zum 1. Juli 1934. Aus Mainz einschließlich der Vororte waren nach derzeitigem Kenntnisstand dort insgesamt 59 Kommunisten, 23 Sozialdemokraten und sieben Bürgerliche inhaftiert, Auskunft von Angelika Arenz-Morch, NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen, 22. August 2007.

³⁵ Teils auch in: StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 1213.

durchorganisierten „neuen illegalen Apparat aufzuziehen“ mit Beitragskassierung und Verteilung antinazistischen Propagandamaterials. Gleiches gelte für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO). Durch den RFB seien ferner regelrechte Umsturzvorbereitungen getroffen worden, indem man Waffenlager von durchaus beträchtlichem Umfang angelegt und den Mitgliedern regelmäßig Unterricht im Schusswaffengebrauch sowie in der Herstellung von Sprengkörpern erteilt habe. Weiterhin sei „festgestellt und von den Beteiligten auch unumwunden zugestanden“ worden, dass der RFB am 13. Juni 1932 ein Pistolenattentat auf den seinerzeit anlässlich des Reichstagswahlkampfes in der Stadt weilenden Hitler habe durchführen wollen, das nur eines puren Zufalls wegen gescheitert sei.³⁶

Im Sommer 1932 hatte beispielsweise auch der Kampfbund gegen den Faschismus in Mainz-Bischofsheim gemäß einer zentralen Anweisung der Frankfurter KPD-Bezirksleitung seine rund 40 Mitglieder beauftragt, für den Bedarfsfall Waffen zu beschaffen, die später außerhalb der Gemeinde in einer Kiste vergraben worden sind. Die beiden dortigen RFB-Führer Johann Berkau und Georg Petri sowie ein weiterer Bischofsheimer wurden gleichfalls im September 1933 verhaftet und in der Folge zu Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt.³⁷ Etwa ein Viertel der ansonsten damals ergriffenen Kommunisten wurden 1934 vom Reichsgericht bzw. im Jahr darauf vom „Volksgerichtshof“ zu meist langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, darunter Wilhelm Steigner, Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus in Gonsenheim, der Mainzer RFB-Organisationsleiter August Barth und der nicht minder rührige Parteiaktivist Karl Silz aus Finthen. Ihnen und ihren Genossen hatte nachgewiesen werden können, dass sie in der Tat – und zum Teil schon seit 1931 – an der Planung und Durchführung von Sprengstoffdiebstählen, an der Lagerung auch von Waffen und Munition, an der Herstellung von Bomben, der waffentechnischen Ausbildung ihrer Mitstreiter sowie deren Unterrichtung in revolutionärer Strategie und Taktik beteiligt gewesen sind, und zwar alles dies, wie ausdrücklich vermerkt wurde, „für Bürgerkriegszwecke“; etliche sind überdies der Fortführung des RFB überführt worden.³⁸ Prozesse wegen solcher Delikte waren in jenen Tagen keine Seltenheit. So absurd dies im Rückblick erscheinen mag, für die Kommunisten stand die proletarische Revolution in Deutschland damals unmittelbar auf dem Programm.

Waren die NS-Fahnder im Herbst 1933 erst davon ausgegangen, mit den Verhaftungen den gesamten hiesigen Apparat der Kommunisten zerschlagen zu haben, so ist ihre diesbezügliche Fehleinschätzung sehr bald ersichtlich geworden. Anhaltspunkte hierfür waren die nach wie vor omnipräsenten kommunistischen Wandparolen, außerdem die zahllosen Zeitungen, kleinformatigen Tarnbroschüren, Flugschriften und Streuzettel, die immer noch regelmäßig nicht zuletzt bei Personen- sowie Postkontrollen, bei Haussuchungen oder im betrieblichen Bereich aufgefunden wurden. Außer dem Zentralorgan der KPD „Die Rote Fahne“ kamen hier vor allem die „Arbeiter-Zeitung“ sowie „Der Bolschewik“ zur Verbreitung, beides Organe der konspirativen Bezirksleitung Hessen-Frankfurt, desgleichen – und dies zunächst noch in Auflagen von zum Teil mehreren Tausend Exemplaren – Zeitungen und Flugblätter für den lokalen Bedarf bzw. speziell zur Agitation der Betriebe. Während Letztere in der Regel in recht schlichter Form mit hierorts oder stadtnah versteckten Vervielfältigungsgeräten hergestellt wurden, sind die zentralen Schriften und Periodika ausgesprochen professionell produziert worden, oftmals auch im Ausland. Die Verteilungsschiene jener überregionalen Materialien lief über die Bezirke zu den Unterbezirken, von diesen zu den Ortsgruppen, von wo die Stadtteil- bzw. Betriebsgruppen versorgt wurden, und schließlich zu den Zellen. Dies waren die kleinsten Organisationseinheiten des kommunistischen Widerstandes, die aus

³⁶ „Mainzer Tageszeitung“, 12. September 1933.

³⁷ Busch: Widerstand gegen den Faschismus in der Main Spitze (wie Anm. 6) S. 77.

³⁸ StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 2028.

mindestens drei Fünfer-, später Dreiergruppen bestanden und jeweils zu Stadtteil- oder Ortsgruppen bzw. zu Betriebsgruppen zusammengefasst wurden. Die Leitungsebene der Bezirke bestand üblicherweise aus einem Politischen Leiter, dem Organisationsleiter, einem Kassierer, dem Literaturobmann und dem Techniker, wobei sich dieser Aufbau auf den unteren Ebenen der Struktur fortsetzte, partiell wenigstens, da einige jener Aufgaben dort nicht selten in Personalunion wahrgenommen werden mussten. Um das Festnahmerisiko zu begrenzen, sollten die diversen Struktursegmente im Prinzip voneinander abgeschottet bleiben, d. h. immer nur durch jeweils eine einzige Person miteinander in Verbindung stehen, wie auch der gleichzeitige Einsatz von Widerständlern in einer Wohn- und einer Betriebsgruppe unzulässig war. Noch dazu verbreiteten z. B. die RGO, die Rote Hilfe Deutschlands und die Internationale Arbeiterhilfe eigene Propagandaerzeugnisse in keineswegs geringerer Stückzahl. Dieser ausgeprägte Schriftenvertrieb, von dem der konspirative Apparat nahezu vollständig in Anspruch genommen wurde, bot den Verfolgern zwangsläufig immer wieder optimale Zugriffsmöglichkeiten, genauso wie die Tätigkeit der Kassierer, die ebenfalls nur lange genug observiert werden mussten, um am Ende ganze lokale und regionale Strukturbereiche ausheben zu können. Neben ihrem extrem hierarchischen Organisationsaufbau, den außerdem noch leichtsinnigerweise unterhaltenen konspirativen Archiven, der Durchdringung ihrer Strukturen mit Spitzeln und Überläufern en masse wurden oft genug Denunziationen aus dem privaten und beruflichen Umfeld den kommunistischen Widerstandsaktivisten zum Verhängnis.

Im Sommer und Herbst 1934 wurden erneut wuchtige Verhaftungsschläge gegen den Mainzer KPD-Untergrund geführt. Fast 30 Personen wurden daraufhin abgeurteilt, darunter der Politische Leiter der Parteiorganisation Johann Geins und der frühere Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus Paul Baumann.³⁹ Die Führungsaufgabe von Geins, der wie Baumann zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, hat sodann der schon erwähnte Schüren übernommen, der bis dahin u. a. als Abwehrmann des Unterbezirks Mainz fungiert hatte. Wenig später wurde eine ähnlich breit angelegte Aktion gegen den gesamten KJVD-Bezirk durchgeführt, wodurch u. a. auch die von Mainz aus angeleitete konspirative Jugendarbeit in den Rüsselsheimer Opel-Werken schwer getroffen wurde. Bis dahin hatten in jenem Großbetrieb drei Widerstandsgruppen des Jugendverbandes mit zusammen mindestens 20 Mitgliedern operiert. Neben dessen Zentralorgan „Die junge Garde“ sind dort eine eigene Jugendzeitung und andere selbst gefertigte Propagandaschriften verbreitet worden. Desgleichen sind die Mainspitze und Flörsheim von Mainz aus bearbeitet worden. Eine weitere betriebliche Verankerung hatte in der Schuhcremefabrik Erdal bestanden mit einer Zellenleiterin an der Spitze. Ansonsten sind dem hiesigen KJVD-Unterbezirk Stadtteilgruppen in der Altstadt, in der Neustadt, in Mombach und Mainz-Kostheim angegliedert gewesen. Politische Leiterin war bis Ende 1934 die Gustavsburgerin Liesel Ott, der ein Organisationsleiter, eine Quartiervermittlerin, nämlich Dina Geins, die Tochter des KPD-Unterbezirksleiters, sowie ein für die Opel-Betriebsgruppen zuständiger Funktionär zur Seite gestanden hatten. Als die Verhaftungen hier und anderenorts in der Rhein-Main-Region einsetzten, befand sich Liesel Ott gerade in geheimer Mission im Saargebiet. Dorthin hatte zuvor bereits der vormalige Mainzer KJVD-Leiter Georg Ruthof aus Kostheim entkommen können, mit dem sie seitdem in ständiger konspirativer Verbindung geblieben war. Während elf Mainzer Jungkommunisten zu teils mehrjährigen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen

³⁹ Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Darmstadt, 17. Oktober 1934, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 1317; Auskunft von Dr. Wolfgang Form, Philipps-Universität Marburg, Datenbank zur politischen NS-Strafjustiz in Hessen, 29. August 2007.

verurteilt wurden⁴⁰, setzte Liesel Ott ihre antinazistische Arbeit in den nächsten Jahren im Exil fort und reiste für ihre Partei mehrfach im Kuriereinsatz nach Deutschland ein.

Koordiniert worden war die kommunistische Jugendarbeit in Südwestdeutschland, also auch im Bezirk Hessen-Frankfurt und damit in Mainz, zeitweilig vom im Saargebiet postierten Erich Honecker. Die Parteiarbeit im gleichen Bereich ist durch den diesem gegenüber weisungsbefugten Oberberater Südwest der KPD angeleitet worden. Jene Funktion hatte seit Ende Juni 1934, d. h. zur gleichen Zeit als Honecker dort Oberberater für den südwestdeutschen KJVD-Widerstand gewesen ist, für eine Weile Herbert Wehner inne, der später im Moskauer Exil mehrfach seine Drahtzieherrolle bei den hiesigen „Einheitsfront“-Aktivitäten hervorgehoben hat. Beide Spitzenfunktionäre haben ihr Zielgebiet wiederholt illegal aufgesucht, so auch Mainz.⁴¹ Im ganzen Bezirk 23 Hessen-Frankfurt waren zu jener Zeit immerhin noch 600 Kommunisten kassentechnisch erfasst.

Durch die Massenverhaftungen waren die Widerstandsstrukturen der Jungkommunisten im ganzen Rhein-Main-Gebiet allerdings Mitte der 1930er Jahre nahezu restlos zerschlagen. Trotzdem wurden, wie einem geheimen Lagebericht der Darmstädter Gestapo vom 6. Januar 1938 zu entnehmen ist, im Herbst 1937 abermals fünf Mainzer KJVD-Mitglieder festgenommen und verurteilt, nicht etwa wegen zeitnah, sondern viel früher erfolgter Aktivitäten. Und auch später noch gerieten Mainzer Kommunisten der Gestapo ins Netz, obwohl sie längst viel vorsichtiger zu Werk gingen. Überhaupt hatte die KPD mittlerweile von den einstigen offensiven Formen antinazistischer Massenpropaganda Abstand genommen. Ihre Aktivisten an vorderster Front hatten erkannt, dass sorgsam segmentierte, d. h. weitgehend autonom operierende Organisationsstrukturen ihre konspirative Absicherung erheblich verbesserten. Deshalb setzten sie fortan zunehmend auf Bildung kleiner, untereinander nicht mehr oder nur noch vorsichtig vernetzter Zirkel, wie dies im sozialdemokratischen Widerstand seit langem und in bürgerlichen Oppositionskreisen von vornherein üblich war. Obschon dennoch weiterhin hie und da Häuserwände, Türen, Briefkästen oder das Straßenpflaster in nächtlichen Aktionen mit antinazistischen Parolen versehen, verschiedentlich sogar einzelne, meist anderswo hektographierte Zeitungen, Flugblätter und Streuzettel mit Aufrufen zur Sabotage oder zu langsamerem Arbeiten verbreitet wurden, so konzentrierten sich die Kommunisten künftig doch primär auf Flüsterpropaganda im Freundes-, Bekannten- und Kollegenkreis bzw. in ihrer Nachbarschaft.

Aber selbst noch so vorsichtiges Vorgehen beim Versuch, antinazistische Außenwirkung zu erzielen bzw. Mitstreiter zu gewinnen, war hochgradig riskant, wie ein weiterer Fall aus Mainz verdeutlicht: Am 14. Juni 1944 wurde der Monteur Wilhelm Schmidt festgenommen, weil er fortgesetzt Sendungen des im Sommer des Vorjahres in der UdSSR gegründeten Nationalkomitees Freies Deutschland abgehört, Angehörige von in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Soldaten über deren Schicksal informiert und sie überdies über die Moskauer Frequenz und Sendezeiten in Kenntnis gesetzt hatte. Hierbei hatte er auch den von dort ausgestrahlten Appell „Kämpft mit uns für ein freies unabhängiges Deutschland!“ weitergegeben. Einem Zeugen gegenüber soll er erklärt haben, der Krieg sei für Deutschland „doch verloren“, er wolle „eines Tages, wenn es zu Ende sei“, belegen „können, dass er auch aktiv gehandelt“ habe. Eigentlich hatte Schmidt jenen Mann für seine Arbeit anwerben wollen. Hierzu hatte er in dessen Wohnung in Hahnheim ein Zimmer anzumieten beabsichtigt, das offensichtlich als Ausweichquartier dienen sollte. Auch ein

⁴⁰ Urteil des „Volksgerichtshofs“ gegen Max Dahlhaus und Udo Grünh, 8. Juli 1937, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 345; Urteile des Oberlandesgerichts Darmstadt gegen Jakob Gremm und Genossen, 22. sowie 23. August 1935, StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 981.

⁴¹ Ulrich: Politischer Widerstand (wie Anm. 5) S. 102 f.

völlig Unbekannter ist in diesem Zusammenhang bei jenem Zeugen vorstellig geworden. Auf dessen wiederholtes Drängen hatte Letzterer Schmidt schließlich sogar einen Vervielfältigungsapparat besorgt. Unglücklicherweise war der erhoffte neue Mitstreiter unterdessen von der Gestapo als V-Mann angeworben worden, die ihm dann auch das Abzugsgerät zur Verfügung gestellt hatte. Die Vernehmungsprotokolle lassen erkennen, wie Schmidt seine Aktivitäten mit allen möglichen Schutzbehauptungen recht gekonnt als politisch gänzlich belanglos erscheinen zu lassen bestrebt gewesen ist, was vielleicht auf Instruktionen hinsichtlich des Verhaltens in Verhörsituationen hindeuten könnte. Dies verhinderte nicht, dass am 14. März 1945 vom Oberreichsanwalt beim „Volksgerichtshof“ gegen ihn Anklage erhoben wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Wehrkraftzersetzung und Rundfunkverbrechen. Der Ausgang des Verfahrens ist nicht bekannt. Die Regelstrafe für Wehrkraftzersetzung war jedenfalls das Todesurteil.⁴²

Für die letzten Kriegsmonate sind gerade auch aus dem Rhein-Main-Gebiet etliche Hinweise auf Fluchthilfe für Zwangsarbeitskräfte und Kriegsgefangene überliefert, auf Sabotagehandlungen, sogar Aufstandspläne im betrieblichen Bereich sowie auf Aktivitäten zur Organisierung von Waffen. Vieles von dem wird sich freilich – wenn überhaupt – nur noch ansatzweise historiographisch erhellen lassen. Voraussichtlich ungeklärt bleiben wird, ob das damals u. a. in Darmstadt, Mühlheim und Wiesbaden agierende so genannte Illegale Komitee zur schnellen Beendigung des Krieges, das mit geflohenen und dann untergetauchten französischen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen kooperierte, möglicherweise auch hierorts wirksam geworden ist.⁴³ Und genauso gibt es nur marginale, kaum mehr konkretisierbare Hinweise auf die kurzzeitige Existenz eines oder mehrerer der legendären parteiübergreifenden Antifa-Ausschüsse im Mainz der unmittelbaren Nachkriegszeit.⁴⁴ Solche basisdemokratisch gebildeten Gremien sind sofort nach dem Einmarsch der Alliierten allerorten als antinazistische Selbsthilfe- und Wiederaufbaukomitees wie Pilze aus dem Boden geschossen, waren dabei deutlich dominiert von kommunistischen Regimegegnern und haben aufgrund dessen prompt unter Beweis gestellt, dass bestimmte Reststrukturen auch des von der KPD geleiteten antinazistischen Widerstandes die zwölfjährige Periode unerbittlicher politischer Verfolgung zu überdauern vermocht hatten.

Bilanz des Widerstandes

Eine vollständige Opferbilanz des antifaschistischen deutschen Widerstandes existiert bis heute nicht. Eine erste diesbezügliche Zusammenstellung, veröffentlicht im Frühjahr 1946 vom Exil-Vorstand der SPD in Großbritannien, ging von „insgesamt etwa 500.000 Deutschen“ aus, die sich allein vom Frühjahr 1933 bis zum Kriegsausbruch 1939 „aus politischen oder weltanschaulichen Gründen für kürzere oder längere Zeit in Konzentrationslagern befunden“ hatten; die Zahl derer, „die in der gleichen Zeitperiode aus politischen Gründen in Schutzhaft genommen, vorübergehend verhaftet oder nach gerichtlicher Verurteilung ins Gefängnis oder Zuchthaus gebracht“ worden waren, wurde dort auf insgesamt „eine Million“ veranschlagt.⁴⁵ Prof. Dr. Peter Hoffmann, einer der führenden

⁴² StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 1214.

⁴³ Siehe hierzu den autobiographischen Bericht des damaligen Mühlheimer Kommunisten Willi Busch, in: Adolf Mirkes, Karl Schild, Hans C. Schneider: Mühlheim unter den Nazis 1933–1945. Ein Lesebuch. Frankfurt/M. 1983, S. 78–87.

⁴⁴ So Hinweise in: Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal 1976, S. 194 u. S. 556, dazu dort auch: S. 720 f. (Karte zur Verbreitung der Antifaschistischen Ausschüsse).

⁴⁵ Material zu einem Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Erste Zusammenstellung ermordeter, hingerichteter oder zu Freiheitsstrafen verurteilter deutscher Gegner des Nationalsozialismus. Hrsg. in London vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Als Manuskript vervielfältigt). London

Fachleute der deutschen Widerstandsforschung, hat ein halbes Jahrhundert später geschätzt, dass während der gesamten zwölfjährigen Dauer des NS-Regimes „mehr als eine Million Deutsche“ in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen sind.⁴⁶ Und Dr. Hellmuth Auerbach vom Institut für Zeitgeschichte München ging ungefähr zur gleichen Zeit von „etwa 130.000 nichtjüdischen Personen deutscher Staatsangehörigkeit“ aus, die ums Leben gekommen sind, weil sie „aus politischen oder religiösen Motiven aktiven oder passiven Widerstand gegen das Regime“ geleistet haben.⁴⁷ Wie auch immer: Das seinerzeit tatsächlich vorhandene Widerstandspotential lässt sich heute allenfalls auf der Grundlage der Überlieferungen zu den von den NS-Verfolgern in diesem Zusammenhang gefassten und verurteilten Personen quantifizieren, wobei aber noch – wie bereits erwähnt – eine nicht unerhebliche Dunkelziffer berücksichtigt werden muss. Ein wichtiger Anhaltspunkt ist sicherlich außerdem die Zahl der nach dem Ende des „Dritten Reiches“ offiziell als politisch verfolgt anerkannten Personen, die im Herbst 1945 immerhin rund eine Viertelmillion betrug.⁴⁸ Viele Widerständler haben sich aber damals und auch später nicht als solche offenbart, hauptsächlich um sich nicht dem Vorwurf des Vaterlandsverrats auszusetzen. Viele andere waren zu jenem Zeitpunkt noch nicht aus dem Exil oder aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, in die sie etwa als Angehörige der Strafbataillone 999 geraten waren. Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ hätten bis vor wenigen Jahren sowieso keinerlei Chance gehabt, als Opfer des NS-Regimes anerkannt zu werden, selbst wenn unverkennbar politische Gründe für ihr Handeln ausschlaggebend gewesen waren. Des Weiteren ist eine unbekannte Zahl von Regimegegnern bei Kampfhandlungen gefallen, bei Luftangriffen ums Leben gekommen oder eines natürlichen Todes gestorben, wobei nicht wenige von ihnen keine Angehörigen hinterlassen haben, die dann Ansprüche auf „Entschädigung“ wegen vorheriger politischer Verfolgung hätten geltend machen können. Dies alles ist gleichermaßen für den Widerstand im lokalen Bezugsrahmen ins Kalkül zu ziehen.

Zu den Mainzer Todesopfern des Widerstandes – es können hier wohlgermerkt nur einige wenige Beispiele aufgeführt werden – gehören der aus einer jüdischen Bankiersfamilie stammende Aktivist der Sozialistischen Arbeiterpartei Dr. Franz Lebrecht, der 1934 von der Gestapo erschossen wurde, der drei Jahre später im KZ Dachau ermordete Kostheimer Kommunist Adam Schäfer und Johann Christian Weiß, genannt Lambo, der als Führer der 3. Internationalen Kompanie des Bataillons „Tschapaiew“ im Spanischen Bürgerkrieg gefallen ist. Auch Franz Winkeler, den man nach Verbüßung seiner Haftstrafe noch in die faschistische Wehrmacht gepresst hatte, kehrte von seinem Einsatz in Jugoslawien nicht mehr zurück. Karl Maul aus Mainz-Kostheim, der 1937 bei der dortigen Bestattung seines Genossen Adam Schäfer mit emporgereckter Faust begrüßt hatte und deswegen für anderthalb Jahre ins Zuchthaus sowie anschließend ins KZ Dachau geworfen worden war, ist am 20. Januar 1940 im KZ Mauthausen ermordet worden. Am 9. August 1943 kam der 1935 vom „Volksgerichtshof“ zu einer achtjährigen Zuchthausstrafe verurteilte August Barth im KZ Gusen ums Leben. Der jüdische Rechtsanwalt Max Tschornicki, der – selbst Mitglied von SPD und Reichsbanner – vordem etliche Regimegegner verteidigt hatte, war zwar im Juli

1946, S. 186; da man um die Lückenhaftigkeit jener frühen Opferbilanz des Widerstandes wusste, wurde es damals als „gemeinsame Ehrenpflicht aller deutschen Antifaschisten“ bezeichnet, „mitzuhelfen, damit die Lücken geschlossen werden“, S. 188.

⁴⁶ Peter Hoffmann: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. München, Zürich 1995, S. 293–315, hier: S. 294.

⁴⁷ H. Auerbach: Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte. 5. Aufl. München 1992, S. 161 ff., hier: S. 162.

⁴⁸ Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Einführung: Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen. Zürich 1994, S. 348, Anm. 17.

1933 u. a. dank der Hilfe einiger Mithäftlinge aus dem KZ Osthofen entkommen, erst ins Saargebiet, danach nach Frankreich, wo er jedoch 1942 von der Gestapo ergriffen wurde; am 20. April 1945 ist er im KZ Dachau umgekommen. Ebenso ist in diesem Kontext die KPD-Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis 19 Hessen-Nassau Franziska Kessel zu nennen, vormals Leiterin der Frauenabteilung der KPD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt, die zwar nicht hier beheimatet war, zu deren Operationsgebiet aber Mainz gehört hatte und die am 23. April 1934 in der Zuchthausabteilung des hiesigen Landgerichtsgefängnisses nach fürchterlichen Torturen zu Tode gekommen ist. Um an ihr Schicksal zu erinnern, wurde später hier eine Straße nach ihr benannt.

Jene, die mit ihrem Leben davongekommen sind, hatten durch die Verfolgungszeit oftmals solch gravierende körperliche und seelische Schäden erlitten, dass hierdurch ihr ganzes weiteres Leben überschattet wurde. Dazu noch wurde in den ersten Nachkriegsjahrzehnten mit ihnen und ihrem Schicksal und Leid insbesondere behördlicherseits auf geradezu empörende Weise umgegangen. Liesel Ott z. B., die 1934 ebenfalls in die erwähnten kommunistischen „Einheitsfront“-Bemühungen einbezogen gewesen ist, hatte ihren Kampf gegen den Faschismus seit 1935 von Luxemburg, später von den Niederlanden aus fortgesetzt, bis sie schließlich in Frankreich Zuflucht gefunden hatte. Im September 1945 ist sie gesundheitlich schwer angeschlagen nach Gustavsburg heimgekehrt. Ihre Gebrechen hatte sie sich 1937 bzw. 1938 bei wagemutigen, womöglich sogar lebensbedrohlichen Aktionen zugezogen, um nämlich vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Zugriffen der Gestapo zu entkommen. Ihre deshalb seit Anfang der 1950er Jahre gestellten Anträge auf „Wiedergutmachung“ bzw. „Entschädigung“ wegen erlittener politischer Verfolgung wurden von der Entschädigungsbehörde bzw. den angerufenen Gerichten auf beschämende, heute nicht mehr nachvollziehbare Weise zurückgewiesen, wobei noch nicht einmal vor dem Versuch ihrer Psychiatrisierung Halt gemacht worden ist. Auch ein in den 1960er Jahren gestellter Wiederaufnahmeantrag wurde als unzulässig zurückgewiesen. Erst 1973 wurde ihr endlich – Ergebnis eines 23-jährigen Ringens um Anerkennung – eine Härteausgleichsleistung aus dem hessischen Landesfonds zur Unterstützung bedürftiger Verfolgter in Höhe von 1.000 DM bewilligt. Dies war eine Einmalzahlung. Seit 1958 bezog sie außerdem noch eine Rente wegen Schadens im beruflichen Fortkommen. Deren Höhe war nicht minder erbärmlich: Sie belief sich auf ganze 100 DM monatlich.⁴⁹

Natürlich mochten manche Widerständler nach der Befreiung von der NS-Unrechtsherrschaft mit Politik nichts mehr zu tun haben. Etliche waren hierfür auch einfach zu krank bzw. aus Altersgründen zu gebrechlich geworden. Aber die meisten anderen engagierten sich nun mit Verve für den Wiederaufbau.⁵⁰ Auch hierfür nur einige Beispiele aus Mainz: So wirkte Anton Calujek u. a. als Gewerkschaftssekretär der Eisenbahner, Stadtratsmitglied und rheinland-pfälzischer SPD-Landtagsabgeordneter. Alfred Freitag wurde erneut SPD-Bezirkssekretär in Rheinhessen und Mitglied des Stadtrats. Johann Brückl fungierte als Leiter der Abteilung Arbeit und Wirtschaft in der Provinzregierung Rheinhessen. Georg Dirk diente der Stadt Mainz für eine Weile als Polizeidirektor, zuständig für die Politische Polizei. Und Jakob Steffan, 1946 Mitglied der Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz, wurde im folgenden Jahr in den Landtag gewählt, dem er bis 1951 angehörte, und amtierte von 1946 bis

⁴⁹ Busch: Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze (wie Anm. 6) S. 83 ff., dort auch Zeitzeugenbericht von Liesel Ott; Barbara Stephan: Verfolgung nach der Verfolgung. Die Entschädigungssache Luise Ott. Fakten aus dem Leben einer Illegalen, in: informationen. Studienkreis: Deutscher Widerstand, 25. Jg., Nr. 52, 2000, S. 27–31; Auskunft von Hermann Unterhinninghofen, Studienkreis: Deutscher Widerstand, Frankfurt/M., 13. September 2007.

⁵⁰ Siehe hierzu: Joachim Scholtyseck, Stephen Schröder (Hrsg.): Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Bedeutung für Nachkriegsdeutschland. Münster 2005 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944, Bd. 6).

1949 als Innenminister, danach bis 1950 als Sozialminister von Rheinland-Pfalz. Sie alle haben – jeder auf seine Weise und an seinem Platz – dafür gesorgt, dass in unserem Land eine Demokratie begründet werden konnte, die sich zum Glück als stabil erwiesen hat.

Die Erinnerung an das mutige antinazistische Agieren all jener, an das der Blutzügen des Widerstandes wie das der Davongekommenen des „Dritten Reiches“, gehört bleibend zu den vorrangigen Aufgaben unserer demokratischen Gedenkkultur. Die Präambel des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956 hat unmissverständlich festgestellt: „Gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleisteter Widerstand war ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und des Staates.“ Das Bewusstsein hierfür gilt es immer wieder aufs Neue zu wecken bzw. zu schärfen, wozu es freilich geeigneter Publikationen und anderer zeitgemäßer Präsentationsformen bedarf. Schon 1946 hatte Jakob Steffan als Stoff für die damals neu zu entwickelnden deutschen Schulbücher „die Geschichte des von der Tyrannei gemordeten Freiheitskämpfers Ludwig Schwamb“ empfohlen, an der die Jugend ersehen könne, „wie wahres Heldentum aussieht“.⁵¹ Jene Anregung sollte in der Tat aufgegriffen werden, denn am Beispiel Schwambs, der übrigens zeitweilig in Mainz lebte sowie als Rechtsanwalt niedergelassen war und nach dem hier eine Schule benannt ist, ebenso von Steffan und all den anderen couragierten Menschen aus dem antinazistischen Widerstand lässt sich auf ganz hervorragende Weise begreiflich machen, warum es so wichtig und lohnenswert ist, sich mit allem Nachdruck für die Demokratie zu engagieren.

⁵¹ Steffan (wie Anm. 8).